

Karl D. Bredthauer

Der Fall Skripal: Schwarze Pädagogik einer Wertegemeinschaft

Eigentlich wäre es um Aufklärung gegangen – seit jenem 4. März 2018, an dem zwei russische Staatsbürger auf einer Bank in der Fußgängerzone des britischen Salisbury bewusstlos aufgefunden wurden. Sache der britischen Polizei also – eigentlich. Doch die „Aufklärung“ nimmt andere Wege. London entscheidet sich, das Unglück der Skripals als politischen Glücksfall zu instrumentalisieren, und nutzt die Chance, aus der Brexit-Defensive zu kommen und sich an die Spitze einer gemeinwestlichen Einheitsfront zu setzen. Theresa May und Boris Johnson identifizieren kurzerhand Putin als Täter, schmieden eine Koalition der Willigen und schaffen binnen sechs Wochen eine weltpolitische Konstellation, in der dann am 14. April die Waffen sprechen, britische, französische und amerikanische. In Syrien. Vorläufiges Fazit: Die Aufklärung (nicht nur des Falls Skripal) ist tot, es lebe die Aufklärung. Die OPCW ist desavouiert, es lebe die OPCW.

Versuchen wir, diesen surrealen Prozess in aller Kürze zu rekonstruieren. Die Instrumentalisierung folgt der Tat auf den Fuß. Während die Polizei in Salisbury ermittelt, meldet sich alsbald der britische Außenminister zu Wort, wenig später auch seine politisch angeschlagene Chefin. Beherzt nehmen sie Salisbury zum Anlass, eine ganz andere Agenda zu setzen.

Zunächst einmal unterlässt man die Beachtung der Grundregeln, zu welcher die von Britannien wie von Russland unterschriebene Chemiewaffenkonvention verpflichtet: ordnungsgemäße Einschaltung der OPCW in Den

Haag, Vorlage von Beweisen, offizielle Aufforderung des beschuldigten Vertragsstaates durch die Haager Institution, binnen zehn Tagen Stellung zu nehmen. Stattdessen stellt London Moskau ein 24-Stunden-Ultimatum, das – erwartungsgemäß – verstreicht, um dann unbekümmert an der „diplomatischen“ Eskalationsschraube zu drehen. An den OPWC-Regeln vorbei werden Nato, EU und andere Teilnehmer der westlichen Wertegemeinschaft genötigt, Mays und Johnsons Anti-Putin-Offensive „solidarisch“ zu unterstützen. In dem Maße, in dem die Beweisführung der Anklage sich von konkreten Schuldnachweisen gegen Putin mangels Masse und Stichhaltigkeit entfernt, wird sie durch einen anderen Vorwurf verdrängt: Seit Jahren gefährde dieser Putin die bestehende „regelbasierte“ Weltordnung – jetzt sei das Maß voll. Wer nicht hören will, muss fühlen. Schwarze Pädagogik also sei das Gebot der Stunde.

Seitdem sehen erste, zweite und dritte Welt verblüfft zu, wie London und die geschlossen hinter London gescharte Wertegemeinschaft alle Regeln von *Due Process* und Diplomatie – immerhin zivilisatorische Errungenschaften westlicher Prägung – unbekümmert über Bord werfen, um einen, den sie als Sündenbock brandmarken, der politischen Prügelstrafe (noch mehr Sanktionen, noch mehr Ausgrenzung) zu unterziehen. Dass der Begünstigte dieser pädagogischen Zuwendung nicht durchgängig mit gesteigerter Kooperationsbereitschaft reagiert, kann die Veranstalter nicht überrascht haben. Aber das wäre ein Thema für sich.

Fortan häufen sich schräge, teils völkerrechtswidrige Argumentationsfiguren, kulminierend in der Behauptung, es sei doch „pervers“, Russland – als designiertem Täter – Zugang zu den Ermittlungen über das Schicksal seiner Staatsbürger Sergej und Julija Skripal zu gewähren. So, hochdiplomatisch, der britische Vertreter auf der OPCW-Sondersitzung vom 4. April.

Die erstaunliche Karriere einer Wahrscheinlichkeitstheorie

Zwischen dem 4. und dem 12. März muert die Täteridentifikation zunächst zu der beleglosen Behauptung Theresa Mays, für den mysteriösen Vorfall in Salisbury sei „höchst wahrscheinlich“ Russland verantwortlich. Am 12. März verkündet sie im britischen Unterhaus, es gebe *nur zwei mögliche Erklärungen*: Entweder handle es sich um eine direkte Attacke des russischen Staates gegen Großbritannien oder aber die russische Regierung habe über ein Nervengift namens Nowitschok¹ „die Kontrolle verloren“. Auf der Basis dieser steilen These stellt London Moskau ein 24-Stunden-Ultimatum: Sollte Russland sich nicht auf die Nur-zwei-Möglichkeiten-Unterstellung einlassen, „werden wir daraus schließen, dass es sich bei dieser Tat um eine unrechtmäßige Anwendung von Gewalt durch den russischen Staat gegen das Vereinigte Königreich handelt“, so May. (Hervorhebungen vom Verf.)

Auf derart wackeligen Beinen gelingt es den Briten in den folgenden Tagen und Wochen nichtsdestotrotz, verbündete Staaten und Organisationen für ihre Vorverurteilung Moskaus einzuspannen. Londons immer kühnere Wahrscheinlichkeitstheorien finden Eingang in eine Verlautbarung nach der anderen – und große Teile der Medien spüren – erwartungsgemäß: „Prä-

1 Vgl. dazu Craig Murray, Russland unter Anklage: Das Nowitschok-Mysterium, in „Blätter“, 4/2018, S. 53-58.

sident *Putin mag persönlich* in diesen Anschlag *verwickelt sein oder auch nicht*. Doch zum Kontext dieses Verbrechens gehört unvermeidlich seine Bilanz als jemand, der regelmäßig diplomatische Normen und internationales Recht verletzt“, schreibt die „Times“ schon am 13. März. „Die Premierministerin hat mehr als ein halbes Dutzend der schändlichen Taten Putins aufgelistet.“ Und die „Frankfurter Allgemeine“ resümiert eine Woche später treffend: „*Beherzt nutzte* sie den Mordversuch an dem Doppelagenten Skripal in Salisbury, um Einigkeit und Stärke *zu demonstrieren*.“ (21.3.)

Während der russische Außenminister Sergej Lawrow am 13.3. der britischen Regierung vorwirft, Russland regelwidrig keinen Zugang zu Proben des verdächtigen Stoffes zu gewähren, beginnt May, die Früchte ihres kühnen Themenwechsels von der Ermittlung möglicher Täter einer möglichen Straftat zur Generaloffensive gegen Russland und Putin persönlich zu ernten. Mit Frankreichs Präsidenten Emanuel Macron spricht May am selben Tag über „das breite Muster aggressiven russischen Verhaltens“, das eine gemeinsame Antwort der Verbündeten erfordere. Wieder im Unterhaus vermeldet May tags darauf: „Wir wollten bessere Beziehungen, und es ist *tragisch, dass Wladimir Putin beschlossen hat, in dieser Weise zu handeln*.“ Es gebe „*keine andere Erklärung*, als dass der russische Staat schuldig ist an dem versuchten Mord an Herrn Skripal und seiner Tochter.“

Jetzt gibt es kein Halten mehr. In Brüssel sichern die Nato-Bündnispartner Großbritannien ihre Solidarität zu. Die britische Seite habe bestätigt, dass „*höchstwahrscheinlich*“ Russland die Verantwortung trage, heißt es in einer Erklärung der Botschafter der 29 Mitgliedstaaten vom 14.3. „Die Nato betrachtet jegliche Verwendung chemischer Waffen als eine Bedrohung von internationalem Frieden und Sicherheit.“

Am 15.3. nutzt Angela Merkel die Chance, sich in ein Großmächte-Quartett neuen Typs einzureihen: Berlin, Paris und Washington sowie London selbst verkünden in einer gemeinsamen Erklärung, London habe „seinen Partnern gegenüber im Detail dargelegt, dass Moskau *mit großer Wahrscheinlichkeit* die Verantwortung für diesen Anschlag trägt. Wir teilen die Einschätzung des Vereinigten Königreichs, dass es keine plausible alternative Erklärung gibt.“ Selbst der Nato-Generalsekretär fühlt sich berufen, diese Art der „Solidarität“ zu bekräftigen, rät allerdings, „angemessen und maßvoll“ vorzugehen. Währenddessen eskaliert Boris Johnson unbekümmert weiter und bezeichnet es jetzt, am 15.3., als „überwältigend wahrscheinlich“, dass der russische Präsident angeordnet habe, Sergej Skripal zu ermorden. Es sei Putins „Entscheidung“ gewesen, den Einsatz eines Nervengifts auf den Straßen des Königreichs, auf den Straßen Europas, *anzuweisen*“.

Moskau reagiert empört. „Jede Bezugnahme auf unseren Präsidenten in diesem Fall ist ein schockierender und unverzeihlicher Bruch der diplomatischen Regeln anständigen Verhaltens“, erklärt Putins Sprecher Dimitri Peskow. Der Kreml sei überrascht, dass „*sehr ernstliche Anschuldigungen mit der Formulierung ‚allem Anschein nach‘, ‚höchstwahrscheinlich‘ und so weiter vorgebracht werden*“. Die EU hindert das nicht, selbstverständlich unter fortgesetzten Bekundungen äußerster Dialogbereitschaft, Mays und Johnsons Formeln durch alle Instanzen, bis hin zum Gipfeltreffen mit May am 22.3., nachzuplappern.

Am 17.3. schließlich fasst Boris Johnson als FAZ-Gastautor noch einmal bündig zusammen, worum es für ihn bei all den mehr oder weniger wahrscheinlichen Wahrscheinlichkeitstheorien eigentlich geht: „*Der rote Faden*, der die Giftanschläge in Salisbury mit der Annexion der Krim, den Cyberattacken in der Ukraine, den Hacker-

angriffen auf den Bundestag und der russischen Einmischung in europäische Wahlen verbindet, ist die Missachtung der grundlegenden internationalen Regeln durch den Kreml.“

»Es gibt keinen Zweifel«

Doch zu Johnsons Pech reißt sein roter Faden – und zwar ausgerechnet in einem Moment, in dem alle Welt zuhört: Am 12.4. berichtet das Technische Sekretariat der OPCW über seine Erkenntnisse. Wie schon am 3.4. der Leiter des zuständigen britischen Militärlabors Porton Down² bestätigt es Johnsons Behauptung, die Analyse des Salisbury-Gifts erweise zweifelsfrei, dass es aus Russland stamme, eben *nicht!* Zur Erinnerung: Am 20.3. hatte der Minister, von der Deutschen Welle befragt, erklärt: „Wenn ich auf den Beweis der Leute von Porton Down, dem Labor, schaue [...] dann waren sie sehr bestimmt. Ich fragte den Mann selbst: ‚Sind Sie sicher?‘ Und er sagte: ‚Es gibt keinen Zweifel.‘“

Die – trotz offenbar massiven Drucks aus London – ausbleibende Bestätigung durch Porton Down und das dröhnende Schweigen Den Haags zu Johnsons Schlüsselthese offenbart: Der britische Außenminister hatte, wie der unvergessliche Tony Blair vor dem Irakkrieg, gelogen.

Johnsons Ministerium reagiert im ersten Schreck mit der Löschung eines Tweets (vom 22.3.) über dessen DW-Statement. Die Stimmen des Widerspruchs gegen Berlins ungewohnte Gefolgschaftstreue zu May und Johnson mehren sich und werden deutlicher. Der frühere BND-Chef Schindler beispielsweise erklärt, Maas und Merkels Versicherungen zuwider, das Gift könne aus allen möglichen Quellen stammen. „Ich glaube“, formuliert er behutsam, „die Sachlage ist sehr kom-

² Gary Aitkenhead wörtlich: „Wir haben die genaue Quelle nicht identifiziert.“ (zit. n. dem ARD-Magazin „Kontraste“ v. 5.4.2018)

plex und lässt viele Fragen offen und die Beweislage ist nicht so robust, wie die getroffenen Maßnahmen vermuten lassen.“³ Eine bemerkenswerte Aussage in Zeiten, in denen alles andächtig den bestellten „Erkenntnissen“ der „Dienste“ lauscht.

Themenwechsel?

In den Medien kommt Unruhe auf. Ein kritischer Moment. Kippt die ganze Kampagne? Nein, ganz im Gegenteil: Assad hilft aus. Diesmal soll er, sagen die in solchen Situationen gefragten „Weißhelme“, in Duma bei Damaskus Gas eingesetzt haben. Was für ein Timing! Zwar beantragen Russland und Syrien sofort eine OPCW-Untersuchung. Und schon am 13.4. treffen die Inspektoren in Damaskus ein, um tags darauf mit der Arbeit beginnen zu können. Aber die Wahrheit duldet keinen Verzug: Noch in der Nacht zum 14.4., um vier Uhr früh, treffen die sauberen Waffen der Guten und Berechtigten ihre Ziele, darunter das von der OPCW regelmäßig benutzte syrische Laboratorium.

Der fast schon beendet erscheinende Vielfrontenkrieg in dem Land, dessen trauriges Schicksal immer mehr auf den Dreißigjährigen Krieg des 21. Jahrhunderts hinauszulaufen scheint, kann in eine neue Runde gehen. Die „Freunde Syriens“ haben sich, sieben Jahre und Hunderttausende von „Bürgerkriegs“-Opfern später, luftschlagmäßig zurückgemeldet und versichern jetzt, nichts als Frieden und – momentan – keinen Regime Change im Sinn zu haben.

Das Interesse am Schicksal der Skripals – deren Gesundheitszustand sich, wie gemeldet wird, rasch bessere, – erlischt bzw. schrumpft zum bloßen Detail der neuen West-Ost-Konfrontation. Und der „alte“ Kalte Krieg erscheint angesichts wachsender Zwei-

fel, ob der „neue“ bei all den Kreuz- und Querkonfrontationen in und um Syrien, Iran, Palästina oder in Ostasien und anderswo „kalt“ gehalten werden kann, schon fast als Idylle.

Die Stunde der Schwarzen Pädagogik also. Der eingangs zitierten „Times“ gebührt dazu ein Schlusswort. Fünf Wochen „Salisbury Tales“ bündig zusammenfassend belehrt uns das Traditionsblatt des Ex-Empires am Vorabend des Syrienschlags, was „wir“, die *Rechtschaffenen*, aus alledem lernen sollen: Nach abermaliger Rekapitulation seines Sündenregisters, stellt es Putin für den Fall der Wiedergutmachung nicht viel, aber immerhin einen Teilablass in Aussicht: „[Das] wäre ein Anfang. Für einen echten Neubeginn wäre es jedoch erforderlich, den Wert von Rechtschaffenheit zu akzeptieren [...] Putin sollte verstehen, dass westlicher Einfluss eine Kraft für das Gute sein kann und dass die Einhaltung internationaler Normen kein Zeichen von Schwäche ist. Es besteht allerdings wenig Hoffnung, dass er Reue empfindet.“⁴

Schuld und Sühne, Reue und Buße eines geständigen Sünders werden da – mit pseudoreligiösen Kategorien – als Voraussetzung „normaler Beziehungen“ eingefordert. Wahrlich finstere Vorstellungen, intellektuell-moralisch dem Mittelalter näher als der aufgeklärten Moderne!

Mit den eigenen Worten der Bußprediger gesprochen fragt sich hier eher, „ob es einen Weg zurück zu normalen Beziehungen“ zwischen den Verschworenen einer derart selbstgerechten Wertegemeinschaft und – sagen wir – Andersdenkenden, nicht allein in Russland, sondern im Rest der Welt, geben kann? Einen Weg zurück zu rationaler, auf Interessenausgleich und wechselseitigem Respekt zwischen Staaten und Völkern gerichteter Politik?

3 „Kontraste“, 5.4.2018.

4 Zit. nach den Auslandspressestimmen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 14.4.2018.